

An den Bürgermeister der Stadt Rheine
Dr. Peter Lüttmann

nachrichtlich an die Fraktionen im Rat

6. Oktober 2021

Antrag zur Umwidmung des „Kriegerehrenmals“ auf dem Thieberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Der Kulturausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Rheine widmet das „Kriegerehrenmal“ auf dem Thieberg in ein Anti-Kriegs-Denkmal um.
2. Der Rat setzt dem Denkmal ein eigenständiges (Kunst)-Objekt als Friedensdenkmal entgegen. Damit macht die Stadt Rheine jeder Besucherin und jedem Besucher des Thiebergs unübersehbar und unmissverständlich ihre Position zu Krieg und Frieden deutlich. Sie distanziert sich damit auch von der völkisch/militaristischen Bedeutung des Denkmals.
3. Der Rat schlägt den Nutzerinnen und Nutzern der Jugendkunstschule bzw. des ARTandTECH.space vor, sich der Erstellung des (Kunst)-Objektes als eines ihrer Projekte anzunehmen.

Als inhaltliche Orientierung könnten diese Arbeitstitel dienen:

„Frieden, Würde und Gleichheit auf einem gesunden Planeten“

- die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“,
- die „Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten“ und
- die „17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung – Agenda 2030 der UN“

4. Der Rat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob die Tafel mit der Überschrift: „Es starben den Heldentod für das Vaterland“, die ursprünglich nicht zum Denkmal gehörte, entfernt und durch eine Tafel mit neutraler Überschrift („Es starben in drei Kriegen“) ersetzt werden kann (Denkmalschutz). Gegebenenfalls ist der Austausch vorzunehmen.

Begründung:

Mit unserem Antrag auf Umwidmung des „Kriegerehrenmals“ auf dem Thieberg und der Entgegensetzung eines eigenständigen (Kunst)-Objektes als Friedensdenkmal greifen wir einige Ideen der Fraktion DIE GRÜNEN aus den Jahren 1985/86 wieder auf.

Mit Datum vom 05.12.1985 und erneut mit Datum vom 01.07.1986 stellte Liesel Petersen im Namen ihrer Fraktion den Antrag, in Rheine ein Friedensmal zu errichten.

Hierzu wurde im Jahr 1986 folgender Beschluss gefasst: „Der Kulturausschuss empfiehlt die Errichtung einer Begegnungsstätte des Friedens. Über die Form der Errichtung dieser Begegnungsstätte und den Standort soll bei zukünftigen städtebaulich bedeutenden Planungen beraten werden.“

Eine Umsetzung der Empfehlung durch den Rat scheint es nicht gegeben zu haben.

Mit Datum 05.03.1986 beantragte die Fraktion, „zum 08. Mai 1986 das Schild des östlichen Opfersteins am Ehrenmal auf der Hünenborg zu entfernen. Es trägt folgende Beschriftung: Den Gefallenen zum Andenken. Den Lebenden zur Anerkennung. Den künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung“

Der Rat beschloss, die vorhandene Plakette am Ort zu belassen, aber mit der Jahreszahl ihrer Herstellung (1896) zu versehen, und zusätzlich die von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Tafel mit dem Text *„Den Gefallenen zum Andenken. Den Lebenden und zukünftigen Geschlechtern zur Mahnung“* und der Jahreszahl 1986 hier anzubringen.

In der Sitzung des Kulturausschusses vom 08.06.2021 teilte Herr Falk Toczowski mit, der Rat der Stadt Rheine habe bereits im Jahr 1986 das *„Kriegerehrenmal Hünenborg“* in ein Anti-Kriegs-Denkmal umgewidmet.

In der Niederschrift KA/001/2021, 7. Umsetzung Masterplan Grün - Aufwertung der Hünenborg Vorlage: 132/21/1 wurde die Aussage gemacht: „In der weiteren Diskussion stimmen alle Mitglieder darin überein, dass eine Darstellung der Geschichte dieses Ortes wichtig sei. Hierbei sollte auch deutlich werden, dass der Rat der Stadt bereits 1986 beschlossen habe, dass die Hünenborg nicht nur ein „Kriegerdenkmal“, sondern vor allen Dingen ein Mahnmal gegen den Krieg sei.“

Eine solche Positionierung ist ja im Grundsatz zu begrüßen.

Aber einen entsprechenden Antrag aus dem Jahr 1986 und einen positiven Beschluss dazu haben wir nicht gefunden. Außerdem ist eine Willensbekundung nicht ausreichend, um aus einem „Kriegerehrenmal“ ein Denkmal gegen den Krieg entstehen zu lassen.

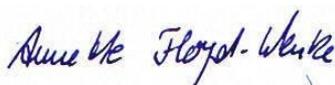
Tatsache ist: An dem historischen Denkmal *„Kriegerehrenmal Hünenborg“* sind die hier einmal angebracht gewesenen Tafeln mit den Texten *„Den Gefallenen zum Andenken. Den Lebenden zur Anerkennung. Den zukünftigen Geschlechtern zur Nacheiferung.“* und *„Den Gefallenen zum Andenken. Den Lebenden und zukünftigen Geschlechtern zur Mahnung“* beide nicht mehr vorhanden. Es fehlt also aktuell jegliche Relativierung des Denkmals und jegliche Distanzierung des Rates der Stadt Rheine von dem Denkmal mit seinem völkisch/militaristischem Inhalt, seiner problematischen Entstehungsgeschichte und seiner unheilvollen Tradition.

Wegen des heute wenig reflektierten und hinterfragten Umgangs der Bevölkerung mit dem Denkmal scheint uns das Wissen und das Bewusstsein über seine historische Bedeutung weitgehend verloren gegangen zu sein. Deshalb sollte die Haltung des Rates gegenüber diesem historischen Objekt im Sinne von „Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg“ dokumentiert werden und sowohl von touristischen Besuchern als auch von einheimischen Nutzern ebenso deutlich sichtbar wahrgenommen werden können wie Sitzbänke und Feuerschalen.

In der Münsterländischen Volkszeitung vom 23. Juni 2021 erschien ein umfangreicher Artikel über die Jugendkunstschule mit der Aufforderung an zukünftige Nutzer, die hier vorhandenen Räume und Möglichkeiten zu erobern. Das von uns vorgeschlagene Projekt gibt Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Gelegenheit, sich im Rahmen ihrer künstlerisch/technischen Aktivitäten mit der Geschichte der eigenen Stadt auseinanderzusetzen und ist gleichzeitig ein Aufruf zu Weltoffenheit, Toleranz und Solidarität.

Wir kommen nicht umhin, diesem Antrag einen Abriss der zu reflektierenden Geschichte dieses „Kriegerehrenmals“ beizufügen, auch, um eine anhaltende Auseinandersetzung und Reflektion mit dem Thema Nationalsozialismus in Rheine anzuregen.

Mit freundlichen Grüßen



Fraktionssprecherin
Die Linke. Ratsfraktion Rheine

Anlage
Zur Begründung des Antrages
zur Umwidmung des „Kriegerehrenmals“ auf dem Thieberg

1.

Wer den Weg hinauf auf das Denkmal zugeht, erreicht zunächst zwei gemauerte Steinsockel, die links und rechts auf dem Gelände stehen und die Vorrichtungen für die Aufnahme von Feuerschalen tragen. An diesen Steinsockeln war je eine Tafel angebracht, die ursprünglich ihren Platz am Kaiser-Wilhelm-Denkmal an der damaligen Klosterstraße hatten.

An dem Sockel auf der linken Seite ist eine Tafel angebracht mit der Überschrift „Es starben den Heldentod für das Vaterland“. Der Überschrift folgen drei Jahreszahlen, und denen zugeordnet (glücklicher Weise) jeweils nur wenige Namen von getöteten Rheinensern. Insgesamt sind zehn Namen aufgeführt.

Die erste Jahreszahl ist 1864: Deutsch-Dänischer Krieg, nach dem Dänemark die Herzogtümer Schleswig und Holstein abzutreten hatte.

Die zweite Jahreszahl ist 1866: Preußisch-Deutscher Krieg (insbes. gegen Österreich, Bayern, Sachsen, Hannover und Kurhessen), nach dem Preußen einige österreichische Verbündete annektierte, andere zu Bündnissen zwang und Österreich aus dem Deutschen Bund drängte. Österreich musste Gebiete an das mit Preußen verbündete Italien abtreten.

Die dritte Jahreszahl ist 1870/71: Deutsch-Französischer Krieg, nach dem Frankreich Elsass-Lothringen abzutreten hatte. Gleichzeitig ermöglichten die deutschen Besatzungstruppen unter General von Moltke der Französischen Regierung durch die Entlassung von Kriegsgefangenen, die Pariser Kommune nieder zu machen.

An dem Sockel auf der rechten Seite ragen heute nur noch vier massive Gewindebolzen aus dem Mauerwerk. Die hier einmal angebrachten Tafeln sind verschwunden. An dieser Stelle befand sich in Ergänzung der Tafel auf der linken Seite eine Tafel mit der Inschrift „Den Gefallenen zum Andenken. Den Lebenden zur Anerkennung. Den zukünftigen Geschlechtern zur Nacheiferung.“

Unter diese Tafel wurde im Jahr 1986 eine zweite angebracht.

Wie es dazu kam, beschreibt Lothar Kurz:

„In der Ratssitzung am 11.03.1986 beantragte Liesel Petersen für die GRÜNEN, eine vom früheren Kaiser Wilhelm-Denkmal translozierten Bronzeplakette auf der östlichen Pylone zu entfernen. Die Beschriftung, die künftige Geschlechter „zur Nacheiferung“ in der Nachfolge der Einigungskriege auffordere, sei „nicht mehr mit den Vorstellungen der heutigen Friedenssicherung in Einklang zu bringen.“

Für die SPD-Fraktion schloss sich Jochen Krüger diesem Votum an, regte aber gleichzeitig an, ein anderes Schild mit folgender Aufschrift anzubringen:

„Den Gefallenen zum Andenken

Den Lebenden und zukünftigen Geschlechtern zur Mahnung“

Nach längerer Diskussion votierte der Rat schließlich bei zwei Gegenstimmen dafür, die vorhandene Plakette am Ort zu belassen, aber mit der Jahreszahl ihrer Herstellung (1896) zu versehen, und zusätzlich die von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Tafel mit der Jahreszahl 1986 hier anzubringen“

(Quelle: „SAGEN, GRABUNGEN, DOKUMENTE, EREIGNISSE, UND DISKUSSIONEN RUND UM DIE HÜNENBORG“ von Lothar Kurz,

Erschienen in: „Rheine Gestern Heute Morgen“, Ausgabe 1/2006, Seite 111)

Das eigentliche Denkmal wird in einer Veröffentlichung im Internet „R(H)EINE GESCHICHTE Ein Projekt Viele Geschichten“ unter dem Titel „Wirkstätten des Nationalsozialismus in Rheine“ aus dem Jahr 2015 beschrieben:

„Das Kriegerehrenmal Hünenborg wurde zwischen 1925 und 1927 auf dem Thieberg nahe der Stadt Rheine errichtet. Das dem berühmten Stonehenge nachempfundene Monument besteht aus einem Zwölfeckigen Kranz der in ca. 8 Metern Höhe von Zwölf Stützen getragen wird. In die außen und Innenseiten des Kranzes sind die Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges in runenartiger Schrift eingeschlagen. In den Innenseiten der Stützen sind, in alphabetischer Reihenfolge, alle gefallenen Rheinenser des Ersten Weltkrieges in Stein gemeißelt. In der Mitte des Denkmals befindet sich ein Altar der von oben mit einem Eisernen Kreuz versehen ist. An einer Tafel an der Seite ist die Widmung „Unsern 780 gefallenen Kameraden Der Kriegerbund Rheine“ angebracht.“

Die Kriegsziele des Deutschen Reiches werden in einem WIKIPEDIA-Artikel „Kriegsziele im Ersten Weltkrieg“ wie folgt beschrieben:

„Am 9. September 1914 legte Kanzler Bethmann Hollweg in seinem „Septemberprogramm“ die Kriegsziele fest. Deutschland wollte seine seit der Reichsgründung stark gewachsene Machtstellung sichern und seine Ansprüche auf eine Weltpolitik geltend machen. „Sicherung des Deutschen Reichs nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muss Frankreich so geschwächt werden, dass es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Russland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.“

Die Ziele des Krieges im Einzelnen:

- 1. Frankreich: Abtretung des Erzbeckens von Briey [...]. Ein Handelsvertrag, der Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringt [...]*
- 2. Belgien: Angliederung von Lüttich und Verviers an Preußen, eines Grenzstriches der Provinz Luxemburg (Areler Land) an Luxemburg. Zweifelhaft bleibt, ob Antwerpen mit einer Verbindung nach Lüttich gleichfalls zu annektieren ist. Gleichviel, jedenfalls muss ganz Belgien, wenn es auch als Staat äußerlich bestehen bleibt, zu einem Vasallenstaat herabsinken, [...] wirtschaftlich zu einer deutschen Provinz werden.*
- 3. Luxemburg wird deutscher Bundesstaat und erhält einen Streifen aus der jetzt belgischen Provinz Luxemburg und eventuell die Ecke von Longwy.*
- 4. Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluss von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und evtl. Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muss die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.*
- 5. Die Frage der kolonialen Erwerbungen, unter denen in erster Linie die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreichs anzustreben ist, desgleichen die Russland gegenüber zu erreichenden Ziele werden später geprüft [...].*
- 6. Holland: Es wird zu erwägen sein, durch welche Mittel und Maßnahmen Holland in ein engeres Verhältnis zu dem Deutschen Reiche gebracht werden kann [...].“*

– *SEPTEMBERPROGRAMM: konzipiert vermutlich von Kurt Riezler, 9. September 1914.*

Das Septemberprogramm entsprach den Ideen und Wünschen der führenden deutschen Kreise in Politik, Wirtschaft und Militär. Namentlich die Industrie erhoffte sich von friedensvertraglichen Regelungen weitgehende Wettbewerbsprivilegien durch Eingriffe in die Autonomie der betroffenen Staaten. Das Programm ist das Ergebnis der Zusammenfassung vieler Programme und Konzepte über das zukünftige Europa.

Bethmann Hollweg und sein Berater Kurt Riezler, der eigentliche Verfasser des Septemberprogrammes, waren Rezipienten unzähliger Kriegszielprogramme vieler Interessengruppen, welche sie als politisch erreichbare Ziele formulierten und in eine praktikable Form brachten.“

(Quelle: Kriegsziele im Ersten Weltkrieg – Wikipedia)

Im Dezember 1914 stimmt Karl Liebknecht im Reichstag gegen neue Kriegskredite und gibt zur Begründung eine schriftliche Erklärung zu Protokoll: „Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt.

Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarkts, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital.“

(Quelle: Arbeiterbewegung vorm Ersten Weltkrieg: Karl Liebknecht bleibt der Abstimmung fern - Gesellschaft - Tagesspiegel)

3.

„Ich kenne keine Parteien mehr. Ich kenne nur Deutsche.“ Kaiser Wilhelm II. am 4. August 1914. Nationalistische Phraseologie wurde immer genutzt, um zu verschleiern, dass es in den genannten Kriegen und auch heute noch eine Teilung gibt zwischen denen, die von ihnen profitieren und denen, die darin ihre Köpfe hinhalten müssen. Dies ist auch notwendig, um in der Bevölkerung die Akzeptanz zu erzeugen, dass Männer, Väter und Söhne massenhaft auf die Schlachtfelder und in die Schützengräben geschickt werden.

Aus Gründen der Gleichberechtigung gehören heute auch die Frauen, Mütter und Töchter dazu.

Wie weit es mit dem Nationalismus der Profiteure her ist, mag eine Postkarte verdeutlichen, mit der für die Zeichnung von Kriegsanleihen geworben wurde.

Diese wurde wie folgt beschrieben und kommentiert:

„Die Karte repräsentiert die forcierte Werbung des Deutschen Reiches für das Zeichnen einer Kriegsanleihe. Kriegsanleihen zu zeichnen, also zu kaufen, galt damals als deutsche und patriotische Pflicht. Das Deutsche Reich hoffte unter anderem über die Kriegsanleihe, die immer größer werdenden Kosten für den Krieg bewerkstelligen zu können. Dem Zeichner einer Kriegsanleihe wurden - und dafür musste das Deutsche Heer siegen - hohe Gewinne versprochen. Mit der Zeichnung der Kriegsanleihe wurde jedoch der normale Bürger auch zum Kriegsbetreiber. Er war somit auch verantwortlich für die vielen Toten im ersten Weltkrieg. Deutsche Soldaten starben zum Beispiel unter dem Einsatz eines Granatenzünders, die die Engländer in Lizenz von Krupp bauten. Krupp verlangte nach dem ersten Weltkrieg von seiner englischen Konkurrenz Vickers 120 Millionen Mark Lizenzgebühren für die Millionen Granaten, die Vickers den Alliierten geliefert hatte. Denn in allen diesen englischen Granaten hatten Zünder nach Krupp-Patent gesteckt. Krupp bekam später von den Engländern eine Entschädigung in dem ihm von Vickers eine Rohstoffmine zugesprochen wurde. Der kleine Mann bekam nichts. Die immer höher werdenden Kriegskosten initiierten in Deutschland die bekannte und bis heute gefürchtete Inflation. Krupp bekam also erhebliche Werte dafür zugesprochen, dass Deutsche Soldaten durch Deutsche Technik starben oder zum Krüppel geschossen wurden. Der einfache Mann bekam für seine Kriegsinvestition nichts außer Hunger, Leid und Elend. Grotesker kann ein Verhältnis zwischen Kapital und Krieg nicht reflektiert werden.“

(Quelle: Propaganda Karte 1916 Zeichnet die Kriegsanleihe Erster Weltkrieg (german-reich.de))

Der Kriegerbund Rheine hat maßgeblich dazu beigetragen, dass bereits vierzehn Jahre nach 1919 der ersten Republik in Deutschland schon wieder der Garaus gemacht wurde. Auf der Internetseite der Stadt Rheine, Kultur, Freizeit & Tourismus, Rheine entdecken, Stadtgeschichte, wird unter anderem auch die Rolle des Kriegerbund Rheine beschrieben:

NSDAP IN RHEINE

Machtübernahme der NSDAP auf kommunalpolitischer Ebene

Die Zentrumspartei hat bei allen Kommunalwahlen von 1919 bis 1932 in Rheine stets die absolute Mehrheit der Stimmen und Sitze erhalten.

Ende des Jahres 1933 bestimmen in Rheine nur noch die Nationalsozialisten die Kommunalpolitik. Wie ist dies möglich geworden?

Bei der Kommunalwahl am 12.3.1933, eine Woche nach der Reichstagswahl, die den Nationalsozialisten reichsweit zu 43,9 % der Wählerstimmen verholfen hat, tritt in Rheine neben den bekannten Parteien und Listen eine neue Gruppierung an: Die Liste 22 versucht, unter dem Motto: „Alles für Rheine - Keiner Partei dienstbar“ diejenigen Wählerinnen und Wähler anzusprechen, die von dem Parteienstreit, wie er für die letzten Jahre der Weimarer Republik charakteristisch gewesen ist, enttäuscht sind und sich eher an einem vorrepublikanischen Gemeinschaftsgefühl orientieren. Unter den achtzehn Kandidaten finden sich einige, die in den Jahren zuvor der „neutralen Liste“ angehört haben, die - entgegen ihrer Bezeichnung - als örtliche Variante der Deutschnationalen Volkspartei gelten kann. Nicht verwunderlich ist es daher auch, dass die Liste 22 vom Kriegerbund unterstützt wird.

In der Tat ist die Liste 22 äußerst erfolgreich: Sie kann auf Anhieb 10 der 33 Ratsmandate erringen. Auch die NSDAP kann sich mit sieben Sitzen in der Stadtverordnetenversammlung fest etablieren, liegt aber in Rheine immer noch deutlich unter dem Durchschnitt des Reiches. Die Zentrumspartei, die bisher 21 Mandate innehatte, muss sich mit 12 Sitzen begnügen; auf SPD und KPD entfallen je zwei der restlichen Mandate, was einen Verlust von zwei bzw. einem Mandat bedeutet. Die Nationalsozialisten feiern ihren Erfolg mit Fackelzügen und Kundgebungen.

Die konstituierende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung findet am 30.3.1933 in der mit schwarz-weiß-roten und Hakenkreuzfahnen geschmückten Aula des Gymnasium Dionysianum statt.

Die beiden KPD-Vertreter Bernard Alfrink und Johann Uhlenbrock können nicht an der Sitzung teilnehmen, weil sie schon vor der Wahl aufgrund der „Reichstagsbrandverordnung“ inhaftiert worden sind. Zu den beiden gewählten Sozialdemokraten teilt der Bürgermeister folgendes mit: Mathias Thesing habe auf sein Mandat verzichtet und Heinrich Roters dürfe als städtischer Arbeiter aufgrund einer neuen Verordnung des preußischen Innenministers sein Amt nicht wahrnehmen. Die nicht wahrgenommenen Mandate von KPD und SPD werden nicht neu besetzt, so dass die Zahl der Stadtverordneten auf 29 schrumpft.

Die angeblich unabhängige Liste 22 teilt mit, dass sie mit den Nationalsozialisten unter der Bezeichnung „Nationale Arbeitsgemeinschaft“ (NAG) eine Verbindung eingegangen ist. Liste 22 und NSDAP-Fraktion fordern zudem die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die Finanzen der Stadt, die vierzehn Jahre allein von Zentrums-Politikern verwaltet worden seien, untersuchen soll. Diesem Ausschuss sollen nur Mitglieder der bisherigen Opposition, also keine Zentrumsvertreter angehören. Gegen die zwölf Stimmen des Zentrums beschließen Liste 22 und NSDAP mit siebzehn Stimmen die Einsetzung eines solchen Untersuchungsausschusses.

Die Zentrumspartei geht nun in den nächsten Wochen schrittweise auf die NAG zu. In der Ratssitzung vom 11.4. stimmt das Zentrum dem Antrag der NAG zu, den Reichspräsidenten von Hindenburg und den Reichskanzler Hitler zu Ehrenbürgern der Stadt Rheine zu ernennen. Bürgermeister Schüttemeyer tritt in die NSDAP ein.

In den folgenden Wochen scheiden drei Zentrumsmitglieder aus der Ratsfraktion aus: Elisabeth Albers, Anna Wenning und Dr. Josef Tinnefeld. Wahrscheinlich sind dies die Fraktionsmitglieder, die die Zusammenarbeit mit der NAG nicht mittragen wollen. Sie werden in der Ratssitzung vom 9.6.1933 durch drei Nachrücker ersetzt.

Die Zentrumspartei löst sich reichsweit am 5.7.1933 auf. Damit verlieren ihre Vertreter auch in der Stadtverordnetenversammlung von Rheine ihre Mandate. In der Ratssitzung am 26.7.1933 werden für die städtischen Kommissionen Ergänzungswahlen vorgenommen.

Die Deutschnationale Volkspartei löst sich am 27.6.1933 selbst auf und schließt gleichzeitig mit der NSDAP ein „Freundschaftsabkommen“.

Nach der Zerschlagung der KPD und dem Verbot der SPD am 22.6.1933 sowie der Selbstauflösung der übrigen bürgerlichen Parteien existiert nun nur noch die NSDAP als einzige legale Partei. Dieser Zustand wird durch das am 14.7.1933 von der Reichsregierung beschlossene „Gesetz gegen die Neugründung von Parteien“ dauerhaft fixiert.

Durch das Gemeindeverfassungsgesetz vom 15.12.1933 verringert sich die Zahl der Stadträte auf achtzehn, die aber nicht mehr gewählt, sondern von der „Aufsichtsbehörde auf Vorschlag des Gauleiters der NSDAP“ berufen werden. Damit ist die Machtübernahme der NSDAP auf kommunaler Ebene abgeschlossen und auf unabsehbare Zeit gesichert.

(Quelle: Stadt Rheine – Stadtgeschichte)

5.

Wie leicht das Denkmal von den Nationalsozialisten für ihre propagandistischen Zwecke vereinnahmt werden konnte, beleuchtet folgende Beschreibung:

„Der den Nationalsozialisten nahestehende Kunsthistoriker Hubert Schrade schrieb über das 1933 bei Düsseldorf errichtete Schlageter - Denkmal, es sei dann vollendet, „wenn es von den Menschen erfüllt ist, die sein Bereich aufzunehmen geschaffen ist. Die aber in ihn treten und so das Denkmal vollenden, können es nicht als Einzelne tun. Denn die kreisförmige Form des Denkmalsbereichs schließt die Menschen in ihm notwendig zu einer Einheit, zu einer Volksgemeinschaft zusammen.“

Dies auf die nationalsozialistische Ideologie zugeschnittene Konzept ließ sich nach der Machtergreifung der NSDAP problemlos auf die Architektur des Hünenborg-Denkmal übertragen. Beispielhaft wurde es konkretisiert in der Feier der Sommersonnenwende auf der Hünenborg am 01.07.1933 im Rahmen des „Festes der Jugend“, für die eine anschauliche Darstellung im Jahresbericht des Gymnasiums Dionysianum vorliegt:

„20.25 Uhr traten die einheimischen Schüler mit den Lehrern vor dem Gymnasium an und zogen unter den Klängen unseres Blasorchesters hinauf zum Kriegerdenkmal auf der Hünenburg, wo unter starker Beteiligung der Schulen, der Turn – und Sportverbände, des Stahlhelms und der Bevölkerung die Sonnenwendfeier stattfand. Die Feier begann nach musikalischer Einleitung durch die Stahlhelmkapelle und Absingen des Liedes „O Deutschland hoch in Ehren“ mit dem Flammenschwingen der Turner. Alsdann sang der Gymnasialchor das Lied „Flamme empor“, während gleichzeitig die Flammenschwinger den Holzstoß anzündeten. Es folgte alsdann die Flammenrede, die der Unterzeichnete (Schulleiter Dr. Franz Humborg, L.K.) übernommen hatte, und eine Ansprache des Vertreters der Turnerschaft. Nach Schluss der Feier der gemeinsame Rückmarsch aller Beteiligten zur Stadt, wo sich der Festzug auf dem Markte nach Gesang des Deutschland – und Horst-Wessel-Liedes auflöste.“

Quelle: „SAGEN, GRABUNGEN, DOKUMENTE, EREIGNISSE, UND DISKUSSIONEN RUND UM DIE HÜNENBORG“ von Lothar Kurz,
Erschienen in: „Rheine Gestern Heute Morgen“, Ausgabe 1/2006, Seite 108

6.

Eine Kommune als demokratisches Gemeinwesen kann sich von derartigen Ereignissen in ihrer Geschichte nur eindeutig und unmissverständlich distanzieren. Die Stadt Rheine, die sich als Stadt ohne Rassismus und als Stadt mit Courage bezeichnet oder dies zumindest als Ziel für sich formuliert, sollte daran auch keinerlei Zweifel aufkommen lassen.

Seit vielen Jahren werden in Rheine unter dem Motto GEDENKEN UND ERINNERN Veranstaltungen zu den verschiedensten Aspekten des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges durchgeführt.

Auch wurden an verschiedenen Stellen in Rheine die „Stolpersteine“ des Künstlers Gunter Demnig verlegt.

Auf der Internetseite der Stadt Rheine, Kultur, Freizeit & Tourismus, Rheine entdecken, Stadtgeschichte, wird über das Zustandekommen der „Machtübernahme der NSDAP auf kommunalpolitischer Ebene“ in Rheine berichtet.

In den „SAGEN, GRABUNGEN, DOKUMENTE, EREIGNISSE, UND DISKUSSIONEN RUND UM DIE HÜNENBORG“ von Lothar Kurz, erschienen in: *„Rheine Gestern Heute Morgen“*, Ausgabe 1/2006 wird unter anderem auch die Funktion des Denkmals in der Zeit des Nationalsozialismus berichtet. (Beide Texte haben wir uns erlaubt zu zitieren.)

Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Um so irritierender ist es für uns, wie unreflektiert und unhinterfragt heute mit dem Denkmal umgegangen wird. Dass Wissen und das Bewusstsein über seine historische Bedeutung scheint weitgehend verloren gegangen zu sein.

Die Tafel mit der Aufschrift:

„Den Gefallenen zum Andenken.

Den Lebenden und zukünftigen Geschlechtern zur Mahnung“

ist seit langem an dem Denkmal nicht mehr vorhanden.

Es fehlt also aktuell jegliche Relativierung des Denkmals und jegliche Distanzierung des Rates der Stadt Rheine von dem Denkmal mit seinem völkisch/militaristischem Inhalt, seiner problematischen Entstehungsgeschichte und seiner unheilvollen Traditionslinie.

An dieser Stelle weisen wir exemplarisch auf die Inschriften des Kriegerdenkmals hin, die die Kriegsschauplätze des 1. Weltkrieges aufzählen, u.a. auch Afrika. Gerade erst im Mai dieses Jahres hat die Bundesregierung die Verbrechen des Deutschen Kaiserreiches an den Hereros und Namas in heutigen Namibia als Völkermord anerkannt.

Obwohl wir eine Tafel, die so in das Denkmal integriert ist, dass ein uninformativer Betrachter sie notwendiger Weise als Bestandteil des Denkmals ansehen muss, für völlig unzureichend und unangemessen halten, möchten wir dennoch fragen:

Ist es in den vielen Jahren nach ihrem Verschwinden nie jemandem in den Sinn gekommen, wenigstens diese Tafel zu ersetzen?

Wir halten eine Diskussion über die Funktion des Denkmals und den weiteren Umgang mit dem Denkmal auf dem Thieberg für überfällig und dringend erforderlich.